

Lebensmüder zwingt Polizei zum Schießen

Versuch eines provozierten Suizids in Stuttgart

Lebensmüde oder verwirrte Menschen zwingen Polizisten manchmal zum Tode-schuss. Ein provoziertes Suizid ist eine Extremsituation, selbst für abgebrühte Poli-zisten.

VON TATJANA BOJIC

Stuttgart. Wenn Lebensmüde den Todes-schuss durch Polizisten provozieren, wird das eigene Leben zu beenden. Für die Polizei ist es nicht einfach bis unmöglich, das in einer bedrohlichen Situation zu erkennen. Im aktuellen Fall eines 34-Jährigen in Stutt-gart war eine Softairwaffe im Spiel, die von einer echten Pistole nicht zu unterscheiden ist. Aus der Gesamtsituation gehe hervor, dass der Täter sich erschießen lassen wollte, sagte Polizeisprecher Stefan Keilbach.

Mitten in der Nacht zum Mittwoch liefert sich der 34-Jährige nach offiziellen Anga-ben einen Schusswechsel mit der Polizei. Dabei wird er am Bahnhof im Stadtteil Untertürkheim angeschossen und schwer am Bauch verletzt. „Der nächste, der kommt, den bringe ich um“, drohte der Mann den Beamten schon am Telefon. Als Polizisten zum Tatort fahren, eskaliert die Situation. Der 34-Jährige eröffnet sofort das Feuer. Auf dem Weg ins Krankenhaus, spricht er es aus: Ja, er wollte und sollte sterben.

Polizisten dürfen ihre Waffen nur in Extremsituationen einsetzen. Gründe sind meist Notwehr oder der Schutz eines Be-drohten. Das Schießen ist im Ernstfall aber auch erlaubt, wenn schwere Verbrechen oder die Flucht eines gefährlichen Täters nicht anders verhindert werden können. Falls möglich, muss der Gebrauch der Waffe angedroht („Polizei, Waffe weg“) oder ein Warnschuss abgefeuert werden. Dies ist laut Keilbach nicht immer möglich.

Laut Polizeigewerkschaft sind Suicide-by-Cop-Fälle in Deutschland selten. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Poli-

zeigergewerkschaft, Rainer Wendt, verweist auf Zahlen der Polizeihochschule. Danach ist der Schusswaffengebrauch im Dienst seit 1996 stetig gestiegen: von damals 2595 auf 10353 im Jahr 2012. Nur geringe Male richteten sich die Schüsse direkt gegen Menschen: Von 79 im Jahr 1996 sank die Zahl auf 36 im Jahr 2012. Dabei wurden 1996 insgesamt neun Menschen durch Poli-zeischüsse getötet und 43 verletzt. Im Jahr 2012 waren es zwei Tote und 20 Verletzte. Die meisten Fälle waren zulässig.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte erst Mitte Januar ein Ermittlungsverfahren gegen einen Polizisten eingestellt, der im November 2013 einen Mann erschossen hatte. Der 36-Jährige hatte damals bei der Polizei angerufen und gesagt, er werde in Kürze bewaffnet auf die Straße gehen. Die Beamten konnten den Mann, der mit einer Schreckschusswaffe in die Luft schoss, erst mit dem tödlichen Schuss stoppen. Die Ermittlungen gegen den 49 Jahre alten Dienstgruppenführer wegen fahrlässiger Tötung im Amt ergaben keine Fehler. Aus einem Abschiedsbrief geht hervor, dass der Täter sich erschießen lassen wollte.

Schutzpolizisten üben regelmäßig soge-nannte Deut-Schüsse – gemeint ist damit das Ziehen der Waffe und das Abdrücken ohne genaues Anvisieren des Ziels. Denn oft müssen sich die Beamten in Sekundenbruchteilen verteidigen, wenn ihre Pistole noch im Holster steckt. Bei solchen Deut-Schüssen werden meist Wirkungstreffer ab-gefeuert. „Es werden so viele Schüsse abgefeuert, bis der Gegner kampfunfähig ist“, erklärte Wendt. Darüber hinaus gibt es auch noch das Nicht-Schieß-Training. „Da-bei werden Polizisten mit moderner Tech-nik in Schießkinos mit polizeilichen Situa-tionen vertraut gemacht und darauf trainiert, nicht zur Waffe zu greifen“, sagte Wendt. Die Polizei setze darauf, möglichst nicht zu schießen, sondern eine Situation durch Deeskalation zu bereinigen.

Rodeo im Tierreich



Der Frosch reitet wie ein waschechter Cowboy auf dem Käfer.

FOTO: HGM-PRESS

Sambas. Als Hendy Mp in der Land-schaft von Sambas in Indonesien einen Java-Flugfrosch fotografieren wollte, ge-lang ihm ein spektakulärer Schnapp-schuss. „Das war ein außergewöhnlicher Moment. Der Frosch sah den Käfer und entschied sich, mal eben flink auf ihn drauf zu springen“, erinnert sich der 25-

Jährige Fotograf. „Es sah aus, als würde der Frosch wie ein waschechter Cowboy auf dem Käfer reiten.“ Zwischenzeitlich habe der Frosch sogar einen Arm in die Luft gehoben, um das Gleichgewicht bes-ser halten zu können. Dem Käfer schien der ungebetene Gast auf seinem Rücken nichts auszumachen.

Mehr als 120 Tote durch Lawinen

Schneekatastrophe in Afghanistan

Kabul. Schneelawinen haben in Afghanis-tan mehr als 120 Menschen in den Tod ge-rißen. Allein in der Provinz Pandschir nörd-lich der Hauptstadt Kabul seien mindes-tens 100 Menschen ums Leben gekommen, sagte Provinzgouverneur Abdul Rahman Kabiri am Mittwoch. In Pandschir wurden mehr als hundert Häuser durch die Lawi-nen zerstört, wie die Behörden mitteilten. 95 Todeopfer seien bislang geborgen wor-den. Mindestens 28 Menschen würden noch unter den Schneemassen vermutet. Aus den Provinzen Bamjan, Badghis, Nan-garhar und Laghman meldeten die Behör-den elf weitere Todeopfer. Staatschef Aschraf Ghani erklärte, er traure um die Opfer und habe Helfer nach Pandschir ent-sandt.

Den Unglücken waren zwei Tage lang heftige Schneefälle vorausgegangen. Die Bergseinsätze gestalteten sich ange-sichts verschütteter Hauptstraßen als schwierig. Es sei zwar ein Rettungstrupp mit 300 Mann gebildet worden, aber es fehle an Ausrüstung, beklagte Kabiri. „Nor-male Leute und Regierungsmitarbeiter be-nutzen Schaufeln und bloße Hände, um die-jenigen zu retten, die immer noch unter dem Schnee gefangen sind.“ Obwohl die Zentralregierung und Hilfsorganisationen schnell Notfallhilfe geschickt hätten, drohe die Opferzahl weiter zu steigen. Die Ber-gungsarbeiten sollten trotz Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt die ganze Nacht fortgesetzt werden, versicherte der Provinzgouverneur.

In Teilen der Hauptstadt Kabul sorgten Schneestürme und Lawinen am Dienstag und Mittwoch für Stromausfälle. Grund wa-ren beschädigte Stromleitungen auf dem Salang-Pass. Der Pass blieb am Mittwoch für den Verkehr geschlossen. In den Ber-gen Afghanistans herrschen oft extreme Wetterbedingungen. Im Winter lösen hef-tige Schneefälle viele Lawinen aus. Wenn die Schneemassen dann im Frühjahr tauen, folgen häufig Überschwemmungen. Im Jahr 2012 waren nach einem Lawinenun-glück im Nordosten Afghanistans 145 Men-schen vermisst gemeldet worden.

Schatzsucher sieht sich als ehrlichen Finder und nicht als Golddieb

VON JASPER ROTHFELS



Ein Teil des „Barbarenschatzes“: Goldschmuck eines zeremoniellen Gewandes. FOTO: DPA

Frankenthal. Bevor es so richtig losgeht, be-kommt der Schatzsucher von seiner Mutter noch eine Flasche mit goldgelber Apfelschorle hingestellt – zur Stärkung. Die kann der 23-Jährige auch gut gebrauchen, denn für ihn kommt es anders als erhofft. Das Amtsgericht Speyer verurteilt ihn am Mittwoch zu 15 Monaten Haft auf Bewäh-rung, weil er einen als bundesweit einma-lig geltenden Gold- und Silberschatz aus der Spätantike unterschlagen hat.

Zwar habe er den Fund letztlich den Be-hörden übergeben, sagt Richterin Sascha Umealo-Wels, aber diverse Umstände und Indizien sprächen dafür, „dass er allein aus Angst vor den polizeilichen Ermittlungen den Schatz rausgerückt hat“. Der Ange-

klagte gibt sich nach der Urteilsverkün-dung kämpferisch. „Wir akzeptieren das nicht, weil ehrliche Finder nicht bestraft werden dürfen“, sagt der 23-Jährige.

Fest steht, dass der gelernte Einzelhan-delskaufmann im Frühjahr 2013 mit einem befreundeten Ehepaar bei Rülzheim in der Südpfalz ohne Genehmigung mit einem Metalldetektor den Boden absuchte – und an die 100 Objekte aus dem fünften Jahr-hundert fand. Die Staatsanwaltschaft schätzt den materiellen Wert auf 425 000 bis 575 000 Euro, Archäologen halten den wissenschaftlichen Wert für unbezahlbar.

Vom Wert der Fundstücke will der 23-Jährige zunächst nichts gewusst haben. Die Polizei rückte ihm schließlich auf die Pelle, weil er wegen einer Internetpräsen-tation mit anderen Funden angezeigt wurde.

Aber die Beamten fanden nichts, er hatte den Schatz außer Haus deponiert – ange-blich aus Angst vor Einbrechern. Schließlich gab er im Dezember 2013 andere Funde ab. Doch als eine Archäologin ihn fragte, ob er noch etwas habe, sagt er: „Mittelalter-schrott“. Dann finden Polizisten bei einem Bekannten Fotos des „Barbarenschatzes“ – und der Bekannte rät dem 23-Jährigen zur Abgabe.

Der Mann sei ein erfahrener Schatz-sucher, meint Richterin Umealo-Wels. Er habe den Schatz genommen, obwohl er ge-wusst habe, dass der dem Land gehöre. Seine Aussage, er habe ihn sieben Monate behalten, um zu klären, was es sei und um sich nicht zu blamieren, sei eine Schutz-behauptung. Und dass er den Schatz nicht zu Hause aufbewahrt habe, spreche dafür,

dass ihm die Brisanz klar gewesen sei. Für den Angeklagten und seine Anhänger im Publikum geht es aber auch um etwas Grundsätzliches. Sie wollen mehr Anerken-nung für fündig gewordene Hobby-Schatz-sucher. „Die sollen froh sein, dass was ge-meldet wird“, sagt Axel Thiel-von Kracht von der Deutschen Sondengänger Union, die sich nach seinen Angaben kürzlich – im Zuge der Geschichte – gegründet hat. Erfahrene Archäologen hingegen rügen, dass Hobby-Buddler beim Ausgraben wert-voller Funde wichtige Spuren zerstören, die etwas über die Geschichte der Schätze erzählen.

Sehen Sie Fotos vom „Barbarenschatz“. Scannen Sie dazu das Bild mit der Live-App (siehe Seite 2).

LESERMEINUNG

Zum Artikel „Güllegesetz sorgt für Stunk“ vom 16. Februar:

Unverzichtbares Trinkwasser

So langsam dämmert es auch der sogenan-ten landwirtschaftlichen Bevölkerung, was da auf sie in nicht allzu ferner Zukunft zukommt. Weil die Werbewirtschaft ihr ge-betsmühlenhaft suggeriert, dass billiges Fleisch nun mal „affengeil“ sei, wird es für die Wasserwirtschaft immer schwieriger und natürlich auch immer kostspieliger, das wertvollste Gut für jedermann bezahl-bar zu machen und ausreichend zu beschaf-fen. Wem ist damit geholfen, wenn ein Kilo-gramm Hähnchenbrustfilet dauerhaft für zum Beispiel nur 3,98 Euro angeboten wird und gleichzeitig die Kiste Mineralwasser 19,98 Euro im Sonderangebot kostet? Häh-chenbrustfilet ist verzichtbar, Trinkwasser nicht. Wenn dieses Szenario eintritt, ist be-reits alles zu spät.

Wann kapiert der Verbraucher diese fata-len und bedrohlichen Zusammenhänge und kommt zu dem Schluss: „Ich bin doch nicht blöd“? Und für die „moderne“ Land-wirtschaft gilt: „Wer Nitrat sät, wird Volks-zorn ernten.“ MARGRET ZDUN, GROSSENKNETEN

Kontaminiertes Grundwasser

Die Ergebnisse beweisen doch, dass unser Grundwasser bereits jetzt in höchstem Maße kontaminiert ist. Das Herumlamentie-ren von Vertretern des Landvolkes hilft nicht weiter, und es hört hier kaum noch je-mand zu. Auch scheint der Landwirtschafts-minister nicht nur auf einem Auge blind zu sein, dass er einen ökologisch vollkommen wertlosen Entwurf zur Düngeverordnung irgendwann einmal auf den Tisch legen will.

Wasser ist außerhalb und innerhalb der Organismen die Voraussetzung für alle Pro-zesse des Lebens. Pflanzen, Tiere und Men-schen bestehen zu 50 bis 80 Prozent aus Wasser. Ohne Wasser in ausreichender

Menge und Qualität gibt es keine gesunde Zukunft. Wir haben weltweit den höchsten Wasserbrauch und davon entfällt rund 75 Prozent auf die Landwirtschaft. Die indus-trielle Landwirtschaft verbraucht nicht nur Unmengen an Wasser, sondern setzt als Grundlage für die Ertragssteigerung auf die Düngung der Felder mit Gülle, Kunst- und Mineraldünger und auf den Einsatz von Pflanzenschutz- und Unkrautvernich-tungsmittel, Biozide und Insektizide. In Deutschland sind etwa 250 wirksame Pflan-zenenschutzmittel in knapp 950 verschiede-nen Handelspräparaten zugelassen. Be-reits 1978 titelte der „Spiegel“: „Vergiften uns die Bauern?“

Auch die Qualität unserer Anbaufrüchte und des Gemüses ist weit höher ohne die Rückstände aus Massentierhaltung, die mit Gülle aufs Feld kommen, wie Chemikalien, Stickstoffverbindungen, Antibiotika und Krankheitserreger.

Die ausgebrachte Gülle erstickt im Bo-den zuerst die wichtigen Kleinlebewesen und Bodentiere, dann dringt sie in das Grundwasser ein und belastet dieses mit er-höhten Nitratwerten, die wiederum beim Menschen landen. Für den steigenden Ni-tratgehalt im Wasser ist die Gülleentsor-gung der industriellen Massentierhaltung verantwortlich. Trotz dieser Erkenntnis werden weitere Tierhaltungsanlagen zuge-

lassen. Liegt der Nitratgehalt im Trinkwas-ser über dem gesetzlichen Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter kann es – insbeson-dere bei Kindern – zu schweren gesundheit-lichen Schäden kommen. Die Schweiz geht verantwortungsvoller mit dem Nitrat-höchstwert um. Hier liegt der Grenzwert bei 25 Milligramm pro Liter.

Die Minimalforderungen sind a) keine weiteren Bau- und Betriebsgenehmigun-gen für Massentierhaltungs- und Biogas-anlagen, b) Rückbau von nicht tierschutz-gerechten und den technischen Anfor-derungen entsprechenden bestehenden Anlagen, c) konsequente strafrechtliche Verfolgung der „Brunnenvergifter“ und d) die Kostenübernahme für die Behebung der entstandenen Schäden nach dem Ver-sacherprinzip und nicht aus Steuermit-teln. CHRISTINA POPPE, DÖTLINGEN

Klare Fakten

Wir freuen uns im wahrsten Sinne des Wor-tes über die Veröffentlichung im Weser-Kurier. Werden hier doch die Fakten und unumstößlichen Entwicklungen klar und unpolemisch aufgezeigt. Unser Verein (Verein für Lebensqualität in Ahlhorn) ver-sucht bereits seit geraumer Zeit, die Bevöl-kerung und die örtliche Politik in diesem Bereich aufzurütteln.

Anlässlich unserer letzten Jahreshaupt-versammlung hatten wir einen Vertreter des OOVV vor Ort, der genau die aufge-zeigte Gefahr allen Anwesenden unverein-genommen vor Augen führte. Nitrat im Grundwasser, hervorgerufen durch über-mäßige Gülleausbringung, kann nicht wei-ter akzeptiert werden, im Gegenteil, es ist kurz vor zwölf und wir alle müssen handeln! Grundwasser als das höchste Gut der Menschen kann und darf nicht leicht-fertig industriellen Interessen geopfert werden.

Lobbyismus ist fehl am Platze, vielmehr ist das Gemeinwohl an die erste Stelle zu setzen. PETER DOBRUNZ, AHLHORN



Der Nitratgehalt im Wasser steigt, schreibt Leserin Christina Poppe. Verantwortlich dafür sei die Gülleentsorgung der industriellen Massentierhaltung. FOTO: WOLFGANG WEIHS/DPA

Gülle schadet Tourismus

Die ökonomischen Ziele der Agrarbranche sind doch erheblich wichtiger als die ökolo-gischen Ziele der Tourismusbranche. Eine intakte Umwelt ist aber die Grundlage für den Tourismus, verbunden mit vielen Arbeitsplätzen an Nord- und Ostsee. Fakt ist, dass allein im Raum Weser-Ems für die sinnvolle Verwendung von Gülle und Gär-resten aus den Biogasanlagen etwa 90 000 Hektar fehlen. Hinzu kommen noch zwei Millionen Tonnen von Gülle- und Trocken-kot-Exporten aus den Niederlanden nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die zusätzlich 230 000 Hektar belegen.

Trotz scharfen Überwachungsdrucks in den Niederlanden gingen Experten davon aus, dass mindestens jeder zweite Trans-port illegal erfolgte. Der ganze Mist wird dann über Weser und Ems in die Nordsee transportiert. Wir brauchen an den Nord-seestränden keinen Algenwachstum durch Nährstoffeinleitungen aus den Tierrmastan-lagen. Das würde einen großen wirtschaftli-chen Schaden für die Tourismusbranche an der Nordsee nach sich ziehen.

Herr Landwirtschaftsminister: „Stoppen Sie den Bau von weiteren Tierhaltungsan-lagen und sorgen Sie mit einem ‚scharfen‘ Güllegesetz dafür, dass Gülle und Gärreste aus den bestehenden Tierhaltungs- und Biogasanlagen nicht mehr unsere Umwelt zerstören!“ GEORG SCHRÖDER, NORDERNEY

REDAKTION LESERMEINUNG
Anschritt: Bremer Tageszeitungen AG
Lesermeinung · 28189 Bremen
Mail: lesermeinung@weser-kurier.de

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefon-nummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.